

Datum: 11.12.2023

## Anlage 7

**Oberbürgermeister**  
Fachstelle für Demokratie  
FgR

### **Berufsausbildung bei der Branddirektion – Errichtung neuer Berufsfachschulen durch das Referat für Bildung und Sport**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10531**

### **Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Kreisverwaltungs Ausschusses und des Bildungsausschusses vom 19.12.2023 (VB)**

#### An das Kreisverwaltungsreferat

Wir bedanken uns für die Zuleitung der oben genannten Beschlussvorlage und geben hierzu die folgende Stellungnahme ab. Wir bitten darum, diese Stellungnahme dem Beschluss beizufügen.

Die Fachstelle für Demokratie schließt sich insoweit der Stellungnahme der KGL an, als in den Berufsausbildungen in der Branddirektion großer Wert auf die Vermittlung der gesamtstädtischen Haltungen zu den Themenfeldern Gleichstellung und Vielfalt gelegt werden sollte. Aus Sicht der Fachstelle für Demokratie sollte dabei die Sensibilisierung für die Themen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus auf mindestens drei Ebenen fest verankert werden:

#### **1. Auf der Ebene der Personalentwicklung**

Hier ist insbesondere die Vermittlung von Wissen/Kompetenz in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierungssensibilität u.a. im Hinblick auf Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus erforderlich. Die Entwicklung von Ausbildungsinhalten bzw. -formaten zu den genannten Themenfeldern sollte in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie erfolgen.

Die Fachstelle für Demokratie teilt insoweit auch die folgende Einschätzung der KGL-Stelle: „Je besser die sozialen Arbeitsbedingungen für Angehörige von Diskriminierung betroffener Bevölkerungsgruppen sind, desto attraktiver wird die Berufsfeuerwehr für Nachwuchskräfte und Neueinsteigende.“

#### **2. Auf der Ebene der Personalführung**

Zusätzlich ist es aus unserer fachlichen Perspektive erforderlich, dass rechtsextremen sowie gruppenbezogen menschenfeindlichen (z.B. antisemitischen oder rassistischen) Aktivitäten bereits im Rahmen der Ausbildung (genauso wie später bei der Berufsausübung) bei der Berufsfeuerwehr München konsequent und nachhaltig entgegengewirkt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass in der Analyse der genannten Phänomenbereiche immer auf die aktuellsten Erscheinungsformen Bezug genommen wird. Hierzu besteht bereits eine gute Zusammenarbeit zwischen der Berufsfeuerwehr

München, dem POR und der Fachstelle für Demokratie. Diese Zusammenarbeit sollte weiter ausgebaut, verstetigt und gepflegt werden.

**3. Auf der Ebene des Bürger\*innenbezugs im Einsatz**

Um im Einsatz adäquat mit vulnerablen Personengruppen, die immer wieder Ziel von struktureller und individueller Diskriminierung sind, umgehen zu können, bedarf es einer hohen Diskriminierungssensibilität seitens der Beschäftigten der Berufsfeuerwehr. Diese sollte bereits im Rahmen der Ausbildung entwickelt und von Seiten der Arbeitgeberin LHM eingefordert werden.

Da die Beschlussvorlage aus Haushaltsgründen noch in 2023 eingebracht werden muss, zeichnen wir sie unter der folgenden Maßgabe mit. Wir bitten darum, als Ziffer 9 Folgendes in den Beschluss aufzunehmen:

„9. Die Querschnittstellen werden durch das Kreisverwaltungsreferat in der weiteren Entwicklung der sie betreffenden Ausbildungsinhalte eng eingebunden und beteiligt.“

Mit freundlichen Grüßen

Leiterin der Fachstelle für Demokratie